

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Alte Jakobstraße Nr. 67.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweiger.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. Südd., fl. 1. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediten, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „reichen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bander, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Bestellungen für das zweite Quartal 1866 werden fortwährend (auswärts auf den Postämtern) angenommen.

Politischer Theil.

Mundschan.

Berlin, 19. April.

Auch bis heute ist in Deutschland in der Habsburg-Hohenzollern'schen Situation keine erhebliche Veränderung eingetreten. Hinsichtlich der diplomatischen Verhandlungen zwischen den beiden Kabinetten steht jetzt fest, daß nur Eine Habsburgische Note, die vom 7. April, welche in der „Cob. Ztg.“ veröffentlicht wurde, existirt. Aus dieser Note aber geht deutlich hervor, wie weit die Spannung zwischen dem Wiener und Berliner Kabinet getrieben ist. An ein Nachlassen dieser Spannung in Folge einer am 15. d. von hier abgegangenen Hohenzollern'schen Note, welche die Habsburgische vom 7. d. beantwortet, ist selbstverständlich nicht zu denken. Die „Nat. Ztg.“ ist abermals dazu auserselben worden, den Wortlaut jener neuesten Note zu veröffentlichen. Dieselbe hebt namentlich die zugestanden Dislocationen österreichischer Truppen in der Nähe der preussischen Grenze hervor, wodurch die Hohenzollern'schen Defensivmaßregeln veranlaßt worden seien. Wenn Graf Mensdorff, nachdem das Wort des Kaisers bekräftigt habe, daß kein Angriffskrieg seitens Oesterreichs beabsichtigt werde, die getroffenen Militairmaßregeln aufrecht erhalte, so sei Preußen nicht zuzumuthen, daß nach dem eben so klaren Wort seines Königs diejenigen Anordnungen zurückgezogen werden, welche durch die Maßregeln Oesterreichs hervorgerufen wurden. Daher, heißt es am Schlusse, ist es an der Regierung des Kaisers, die Initiative für die Herstellung des status quo ante zu ergreifen, wenn sie die Gegenseitigkeit abgegebener Erklärungen auf die thatsächlichen Verhältnisse angewendet zu sehen wünscht. Außerdem bemerkt die Note, über die Form der Depesche vom 7. April hinweggehen zu wollen, welche von Habsburgs friedlichen Absichten keinen Beweis gebe. Was die Habsburgische Depesche von den persönlichen Aeußerungen des Ministerpräsidenten sagt, wird nachdrücklich bestritten. Das Hohenzollern'sche Kabinet weist die Verantwortlichkeit zurück, welche das Habsburgische durch eine Zusammenstellung von Gerüchten und Vermuthungen gegen dasselbe erheben wolle. Solche Gerüchte und Behauptungen sollten Habsburgs militairische Vorkehrungen rechtfertigen. Wenn Habsburg diese bestritte, so geschehe es in so unbestimmter und elastischer Form, daß die Situation keineswegs in präciser Weise bezeichnet werde. Angesichts dieser Umstände und des den österreichischen Zeitungen officiell befohlenen Geheimnisses halte sich das

Hohenzollern'sche Kabinet an den Dislocationen der Truppen in Böhmen, welche die Depesche vom 7. April zugebe. Dies habe Hohenzollern'sche defensiv Vorkehrungen veranlaßt. Die Depesche erwähne nichts von einer Rücknahme der Maßregeln. Die Mobilisirungsordere Preußens sei nirgends erschienen, kurz, das Hohenzollern'sche Kabinet könne seine Maßregeln nicht zurücknehmen, so lange die Gründe, welche sie hervorgerufen, fortbestehen. — Der officiöse Correspondent der „Hamb. Nachr.“ bringt folgende Enthüllung:

Alle Actenstücke, welche den Gang der preussisch-österreichischen Verhandlungen seit der preussischen Note vom 26. Januar bezeugen, sind auf Oesterreichs Veranlassung veröffentlicht worden, nur das allerwichtigste nicht: die österreichische Circulardepesche vom 16. März, jene Depesche, in welcher Oesterreich die deutschen Bundesregierungen mit Ausnahme Preußens auffordert, Preußen in der Schranke des Art. 11 der Bundesacte zu halten und zu diesem Zweck die vier Bundesarmee-Corps, welche nicht den beiden Großmächten im Bunde angehören, auf den Kriegszug zu stellen. Diese Depesche vom 16. März, verbunden mit den starken gleichzeitigen Truppenvorstellungen nach Böhmen, bezeichnet nämlich den Uebertritt der preussisch-österreichischen Differenz aus dem diplomatischen in das militairisch-demonstrative Stadium. Warum auch will man zu Wien mit jener Depesche hinter dem Berge halten? Glaubt man, sie sei der preussischen Regierung unbekannt geblieben? Dies wäre eine allzu un diplomatische Voraussetzung. Die öffentliche Meinung aber hat von jenem Actenstücke bereits so viel vernommen, daß das Verschweigen desselben über seinen Character nur unglückliche Vermuthungen aufkommen lassen kann. Also im Interesse der österreichischen Politik: an's Licht!

Daß unter solchem Notenwechsel der Diplomatie der Ton, welchen die dies- und jenseitigen Officiösen gegen einander anstimmen, den Grad der Glühbige erreichen muß, wie dies wirklich der Fall, ist nicht sehr zu verwundern, und die neueste hiesige „Prov. Corr.“ steht darin hinter den österreichischen Blättern nicht im Geringsten zurück, sondern nimmt den Mund voller als jemals. Und nichtsdestoweniger wünscht man auf beiden Seiten nichts fehnlicher, als die Erhaltung des Friedens, da man recht wohl weiß, daß es sich bei dem Kriege um „Sein oder Nichtsein“ handeln würde. Daß Habsburg im Grunde seiner finanzerrüttelten Seele recht friedlich gestimmt ist, scheint schon aus seiner Stellung zum Bismarck'schen Bundesreformantrag hervorzugehen. Im Princip ist es nämlich bekanntlich vollständig mit dem Hohenzollern'schen Kabinete einig; doch besteht es darauf, in seine Verhandlungen einzugehen, bevor nicht die gegenseitigen Rüstungen eingestellt seien, und eine Berufung des Parlaments erst zugeben zu können, wenn eine vollständige Einigung erzielt sei. Dagegen dürfte es an nicht unerheblichen Differenzen, wenn man erst nur so weit wäre, selbstverständlich nicht fehlen. Das Schwierige bei der ganzen Geschichte ist vorläufig eben nur die Frage, wer mit den „Abrüstungen“ den Anfang wird machen wollen; wöjn das Hohenzollern'sche Kabinet keine

Luft zu verschleuen scheint. — Ueber die Haltung der Mittelstaaten wird der „Magdeb. Ztg.“ angedeutet, daß dieselben zwar nicht im Auftrage, aber doch unter der vorherigen Zustimmung Habsburgs und Hohenzollerns gehandelt hätten, als sie den Eintritt in die Verathung der Bundesreformvorschläge von der vorhergegangenen Einstellung aller Kriegsrüstungen abhängig machten. — Der Herzog von Coburg soll seine Friedensvermittlungsversuche noch immer betreiben und, nachdem er neuestens in München hauptsächlich mit Herrn v. Barnhäbler (dem württembergischen Minister) verkehrt, demnächst nach Berlin kommen, was nur ein wenig unwahrscheinlich klingt. — Dem von Herrn v. Bismarck einzuberufenden deutschen Parla mente soll auch ein Vorschlag, betreffend die Gründung einer deutschen Flotte unter Hohenzollern'scher Führung, vorgelegt werden. Diesem Plane liegt die Erkenntniß zu Grunde, daß selbst zur Gründung einer Flotte zweiten Ranges, wie sie in der Vorlage an das preussische Abgeordnetenhause vom Jahre 1865 scizzirt ist, die preussischen Finanzen allein nicht hinreichen. In competenten Kreisen erklärt man nämlich die in jenem Gründungsplan enthaltenen Kostenanschläge für durchaus unzulänglich und selbst dem Minimum sowohl der einmaligen wie der dauernden Ausgaben nicht entsprechend. — Die „Kreuzztg.“ fährt fort, ihren „eminent conservativen“ Lesern die revolutionär scheinenden Pläne des preussischen Staatsmannes plausibel zu machen. Ihre gestrige Nummer enthält einen höchst interessanten Artikel, als dessen Verfasser der in jüngster Zeit zum vortragenden Geheimen Rath im Staatsministerium ernannte Führer der conservativen Partei, Herr Wagener, genannt wird, einen Artikel, welcher sich eingehend über den vorgeschlagenen Wahlmodus verbeißt. Wir heben daraus die nachstehenden, besonders bemerkenswerthen Stellen hervor:

Gewiß ist das allgemeine directe-Wahlrecht nicht die vollkommenste Form, um daraus eine Volksvertretung entstehen zu lassen. Insbesondere wär können denjenigen nur beitreten, welche eine, der natürlichen Gliederung des Volkesebens entsprechende ständische Grundlage des Wählens begehren.

Leider aber wissen wir unsrerseits zur Zeit keine befriedigende Antwort auf die Frage, wo und welches die „Stände“ sind, die man einer Wahlgesetzgebung zum Grunde legen könnte und sollte, oder woher man sonst in der Kürze eine derartige Organisation zu beschaffen gedenke.

Außerdem wird darüber kein Streit obwalten, daß Nichts weiter als von einer „ständischen Vertretung“ liegt, als das gegenwärtige Census-Wahlssystem mit Wahlmännern. Dies Wahlssystem ist nichts Anderes, als die Repräsentation des Geld- Capitals mit dem läugerischen Schein, daß es eine Vertretung des ganzen Volkes wäre. Es ist die Herstellung einer modernen Geld-Aristokratie, welche alles Häbere- und Edelere nach oben wie nach unten je länger desto mehr in den Staub des gemeinsten Materialismus herunterzieht und, ohne die wahren und realen Interessen des Volkes auch nur mit einem Fin-

ger anzurühren, sich lediglich mit den Mächten des „constitutionellen Ratten-Königs“ herumzuschlagen.

Wir wollen hierbei kein entscheidendes Gewicht darauf legen, daß gegenüber der allgemeinen Militärpflicht das allgemeine Stimmrecht als ein schwer abzuweisendes politisches Correlat erscheint, und daß jedenfalls — um die bekannten Anordnungen zu wiederholen — die Blutsteuer eben so schwer wiegen sollte als die Gewerbesteuer.

Der Artikel schließt: Außerdem aber kann man nach den Erfahrungen der Geschichte kaum zweifelhaft sein, daß das allgemeine Stimmrecht bei richtiger Handhabung wesentlich conservativer und monarchischer ist, als das privilegierte Wahlrecht einer bevorzugten Minorität. Die Masse der Bevölkerung kann eben einer starken Centralgewalt niemals entbehren und beansprucht auch eine solche — während es die „glücklich situirten Minderheiten“ sind, welche in jeder Staatsform der Versuchung unterliegen, die Gewalt in ihre Hände zu bringen.

Was uns anbetrifft, so müssen wir die erstrebte „natürliche (!) ständische Gliederung“ nur als einen frommen Wunsch der Conservativen bezeichnen, der schwerlich jemals Aussicht auf Verwirklichung haben dürfte, können uns aber nur darüber freuen, daß man in jenen Regionen, wenn auch mit anderen Hoffnungen und Absichten als die unsrigen, eine Bahn zu schaffen mit thätig ist, auf welcher die Anforderungen der Zeit sich geltend machen können und das Volk in den Stand gesetzt wird, allmählich seine natürlichen Rechte zu reclamiren. Wie die Kreuzzeitungs-Partei das Bismarck'sche Parlamentsproject und das allgemeine Stimmrecht aufschlägt und aufweist, so können glaubt, geht aus einem, dem Anschein nach von anderer Seite her, während der Artikel ihrer heutigen Nummer hervor, in welchem es u. A. heißt:

Indessen, was die directe Wahl anbetrifft, so ist zunächst zu bemerken, daß die preussische Regierung wenigstens nicht gemeint ist, hiermit den demokratischen Ideen eine Concession zu machen, im Gegentheil, wie sie in den Motiven es selbst betont, diese Form der Wahl bewegen vorschlägt, weil sie dieselbe für das conservative Prinzip irreductibler erachtet, als irgend einen anderen, auf künstlichen Combinationen beruhenden Wahlmodus. Es fragt sich also, ob die preussische Regierung hierin etwa irr. Nun denn, wenn wir nach den Erfolgen

gen und der Wirkung des in Preußen seit 1849 in Uebung stehenden Wahlmodus zum Abgeordnetenhaus mit gebrochenen (indirecten) Wahlen — derart, die stimmberechtigten Staatsbürger in ihren Wahlbezirken erst Wahlmänner, und diese Wahlmänner dann die Abgeordneten des Landtags wählen, — zu urtheilen haben, so werden wir uns des Eingeständnisses nicht erwehren können, daß es dieser Wahlmodus und gerade dieser gebrochene Wahlmodus ist, der, in Verbindung mit der demokratischen Agitation und Einwirkung der Presse, dem Abgeordnetenhaus, seit den letzten 8 Jahren wenigstens, eine immer zahlreicher und intensiver auftretende, alle anderen politischen Parteien zurückdrängende Majorität der demokratischen Partei zugeführt hat. So daß von einer Möglichkeit der gebrochenen (indirecten) Wahl für das conservative Prinzip bei uns längst nicht mehr die Rede ist.

Die „Kreuzzeitung“ denkt und der Zeitgeist lenkt. Dies ist der Unterschied. — Curiositäts halber wollen wir noch der Electrificationsversuche an einem Leichname, dem ultraconservativen großdeutschen Reformverein, Erwähnung thun, der seinen gewöhnlichen Winterschlaf gehalten und eben angefangen hat, zu gähnen. Auch wir gähnen bei Lesung seines Flugblattes vom 9. April, in welchem es über die augenblickliche politische Lage heißt: „Kein Krieg zwischen Bundesgenossen: treue Beachtung und Uebung von Bundesrecht und Bundespflicht im Streite Oesterreichs und Preußens sowohl, als in dem der Herzogthümer, keine bundesverräterische und Deutschland verderbende, lahme und feige Neutralität, Bundesreform, wäre es vorerst auch nur Volksvertretung am Bunde, — das ist das Lösungswort jedes deutschen Mannes u. s. w.“ Da wir eben bei Leichnamen sind, sei auch gemeldet, daß die nächste Sitzung des Bundestages auf Sonnabend verschoben wurde und mathematisch die Ernennung eines besonderen Ausschusses für den preussischen Antrag in derselben erfolgen wird. Auch dürfen wir nicht vergessen, daß der „bis an das Ende aller Tage“ fortbestehende Welfenstaat Hannover in dem Organ seines Ministeriums, in der „Nordsee-Ztg.“, in der Bundesreform zwar ein gutes Mittel zur Ausgleichung des Streites zwischen Habsburg und Hohenzollern erkennen will, aber vor der Zustimmung sich entsetzt, das directe Wahlsystem mit allgemeinem Stimmrecht billigen zu

soßen, das ihm sehr unconservativ und revolutionär vorkommt. Die Forderung directer Wahlen mit allgemeinem Stimmrecht ist ein Postulat der Demokratie, ein Appell an die Revolution, es ist die Forderung des Prinzips von 1789. Ist es conservativ gedacht, den Trübel der Verwirrung zum Chaos zu gestalten und von diesem Chaos die Neuconstituierung der Nation auf ein unbestimmtes Etwas hin, auf eine erst noch zu formulirende Bundesreform zu erwarten? Der Antrag ist vollständig zur Mittheilung an die einzelnen Regierungen vom Bundestag bestimmt. Hoffen wir, daß die Bundes-Regierungen diese Appellation richtig verstehen werden; und wir unferneiths können uns bei dem guten Glauben, den wir von Preußens bundesfreundlichen und rechtlichen Absichten hegen, nicht der Ansicht entschlagen, daß Preußen durch diesen Antrag nur den übrigen Bundesstaaten Gelegenheit geben will zur bundesfreundlichen Vermittelung zwischen ihm und Oesterreich.“ Da ist doch die „Kreuzzeitung“ vernünftiger, welche gesagt hat: „Bundesreform oder Revolution.“ — Zum Schluß wollen wir noch einige Friedenstauben fliegen lassen, welche in der officiellen mittelstaatlichen Presse aufsteigen. Mit Bezug auf eine Dresdener Correspondenz der Frankfurter „Postzeitung“, in welcher behauptet wurde, das kaisliche Cabinet gehe mit dem bayerischen in der deutschen Frage Hand in Hand, und sei bereits ein Programm zwischen den beiden Regierungen vereinbart worden, das in Wien bekannt und gebilligt werde, bemerkt nämlich der „Staatsanzeiger für Württemberg“:

Wir ergreifen kein die Gelegenheit zu der Erklärung, daß auch wir allen Grund haben, die obige Darstellung der Sachlage für vollkommen begründet zu halten.

Ferner ist der „Staatsanzeiger“ für Württemberg „aus zuverlässiger Quelle“ in den Stand gesetzt, die Antwort des Habsburgischen Cabinets auf die unlängst auch von uns erwähnte, zum Frieden rathende englische Depesche Russel's in ihrem Wortlaute zu veröffentlichen. In derselben heißt es u. A.:

Oesterreich hat ebenso wenig den Wunsch, den Frieden Europas zu brechen, wie England; es beschränkt

Feuilleton.

An Hermann Semmig in Orleans.*)

Dem Vaterlande hast Du fedt gesungen,
Dem ein'gen Vaterland, dem freien, großen,
Und was Du voll in Liebesform gegossen,
Ist wiederhallend in mir nachklingungen.

Doch ach, viel Heldenblut ist schon gekossen
Von unsern Vätern, die das Schwert geschwungen
Für's Vaterland, und dennoch nicht erungen
Ein Stückchen Vaterland für ihre Sprossen!

Wo giebt es Vaterland für uns Heloten?
Was würde uns für solchen Kampf geboten,
Die wir die Haut zu Markte tragen müßten?

Kein Fleckchen Erde eigen unsern Todten!
Will's uns nach eig' nem Vaterland gelisten,
Kenn man uns hinverbrannte Communisten!
Hamburg, im April. — f.

Aus dem Wiener Leben.

Wir theilen in Nachstehendem unseren Lesern eine Wiener Correspondenz der Augsburger „Allg. Ztg.“ mit, welche die angeblich in Wien herrschende antipreußische Stimmung sehr drastisch characterisirt und auch sonst ein sehr sprechendes Spiegelbild der Atmosphäre ist, welche im gegenwärtigen Augenblicke über der Habsburgischen Kaiserstadt liegt.

Der betreffende Correspondent schreibt: Die Sünden der Diplomaten sollen heimgejagt werden an ihren Nachfolgern! Niemand empfindet die Wahrheit dieses Satzes tiefer als Graf Mensdorff-Pouilly, denn ein höherer Wille von feiner friedfertigen Feldmarschall-Patenants Stelle abriet und auf den narubigen Wachtposten der auswärtigen Politik commandirte. Da steht er nun, und muß ernten, was Graf Rechberg einst säet. Die Folgen der österröisch-preussischen Allianz, der Loslösung Oesterreichs vom Bunde, der Condemnation

von Gastein, sind nun da. Es gab schon vor zwei Jahren Leute genug in Oesterreich, die genau vorhergesagt, daß es so kommen werde; aber sie waren weder hochgeboren, noch in Aemtern grau geworden, sie waren nur Volksvertreter und Journalisten; man achtete daher wenig auf ihre Meinung. Im seligen „Völkchen“ waren Tag für Tag die eindringlichsten Warnungen zu lesen; aber die hohe Weisheit des Grafen Rechberg klammerte sich nicht um das Neue Telal, welches ihm aus jedem Artikel entgegenflamme. Er säete, aber zu spät, und sein System überlebte ihn nur Monate. Schöne Seelen finden sich, und darum schlagen auch die Herzen des Herrn v. Bismarck und des Grafen Rechberg stets für einander. Sie wollten beide die Reaction; der Herr auf Schönhausen die grobe, der Herr von Rothenlöwen die schlechtere: der eine wollte die Freiheit zerretzen, der andere sie zernagen. Und so gründeten sie das famose Compagnie-Geschäft, in welchem Graf Rechberg die Rolle des stillen Gesellschafters spielte. Die Ansolvenz der Firma stellte sich bald heraus, und um das Deficit zu verheimlichen, will man nun seine Bücher verbrennen, und zündet zu diesem Zweck das Haus an, worin man wohnt.

Wir stehen am Vorabend des deutschen Bürgerkriegs. Das blutige Gewissen, das preussischerseits schon 1863 heraufbeschworen ward, steht mitten unter uns, und streckt die langen dünnen Arme nach seinen Opfern aus. Es wird kostbares Blut in diesem Kampfe fließen, und über jede Schlacht, gleichviel wer Sieger bleiben mag, wird man weinen müssen. Aber ebe wieder ein faules Ueberkommen, wie jenes von Gastein, deutsche Volksrechte preisgibt, und die tiefe Kluft zwischen Oesterreich und Preußen mit einem morschen Steg überbrückt, der keinen Halt für die Gegenwart, kein Vertrauen in die Zukunft gewährt, eber mag das Schwert entscheiden. Es ist namenlos traurig, daß es so weit kommen mußte, und die es verschuldet haben, werden in Wahnsinn und Verzweiflung enden, wenn es eine Vergeltung giebt. Aber der Augenblick will Männer, und Männer müssen Partei nehmen. „Die Welt, die Waibling“ — in einem Lager muß man stehen. Oesterreich hat es in seiner Hand, die Besten des deutschen Volks auf seine Seite zu ziehen, wenn die blutige Entscheidung sich nicht mehr vermeiden läßt. Der Krieg gegen Preußen muß in einen Bundes-, einen Volkskrieg verwandelt werden; das deutsche Parlament, mit dessen Einberufung Graf Bismarck coletirt,

muß Oesterreich auf sein Banner schreiben; und dann, wenn man es in Berlin durchaus nicht anders haben will, in Gottes Namen drauf mit fliegenden Fahnen! Mit wem das deutsche Volk in den Kampf geht, der wird siegen. Das deutsche Nationalabwünschen mag es tief beklagen, daß ein mächtiger, kernhafter Theil der Nation in Feindschaft gegen die eigene Mutter wüthet, aber Deutschlands schümmerer Gegner ist nun einmal das officielle Preußenthum. Seit einem Jahrhundert bohrt und frist dieses offizielle Preußenthum im deutschen Volkskörper; es rebellirte gegen Kaiser und Reich, es vertrieb beide im Basler Separatfrieden, liebängelte auf dem Wiener Congreß mit dem Ausland, gearb Herrn v. Kamph, belohnte den deutschen Patriotismus in Köpenick und vernichtete zweimal die Hoffnungen auf eine Einigung Deutschlands. Die alten Westtraditionen sind auf das Haus Hohenzollern übergegangen, und nun schlägt man in Berlin an das Schwert und fordert den alten lange begrabenen Haß aus seiner Gruft. Nehmt euch in Acht, ihr Herren an der Spree, daß er nicht wirklich aufsteht in seiner ganzen riesigen Größe; ihr Kuntel vor ihm einflinden wie Faust vor dem Erdgeist, trotz eurer Rindnadelgewehre und der „eleganten“ Eroberung von Düssel! Es giebt gute Schibellinen im Salden, und wir müßten euch, wenn ihr kommt, um uns den knappen preussischen Soldatenrock als alleinseligmachende Tracht anzudrängen, Gewehr im Arm entgegenzusetzen: Lieber kaiserlich sterben, als preussisch verderben!

So denkt man in Wien, in Oesterreich; so ist die Stimmung der Bevölkerung. Es herrscht Einmüthigkeit und Entschlossenheit wie niemals. Wir wissen, daß die Ungeschicklichkeit unserer Diplomaten ein großer Theil der Schuld trifft, wir wissen, daß wir kein Geld haben, aber wir sehen der Entwicklung der Dinge ruhig entgegen. Niemand ist verzagt, Niemand wünscht den Krieg, aber nicht eine Stimme wird laut, welche Oesterreich Nachgiebigkeit und die Erfüllung der preussischen Forderungen anzurathen wage. Nicht eine? Doch ja, eine sang in dieser Tonart; sie gehörte Herrn Keupp vom

*) Siehe in Nr. 82 des „Social-Demokrat“ das Geblüt „Deutsche Oftern“.

*) Wir bringen Obiges als einen Beleg für die jetzige gereizte Stimmung in Oesterreich, ohne mit der bloßorischen Ansicht des Herrn Correspondenten über Preußen unfernerseits übereinzustimmen.
Ann. d. Red. d. „Allg. Ztg.“